

Tote für das Kanzleramt

Fast 60 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht. Geplantes Begräbnis im Berliner Regierungsviertel sorgt für »Bauchschmerzen«. Ebenso die Plakate der Linksfraktion

Claudia Wangerin

Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) hat am Donnerstag einen schockierenden Jahresbericht veröffentlicht: 59,5 Millionen Menschen sind demnach weltweit auf der Flucht vor Krieg, Gewalt und Not. Das sei »die höchste Zahl, die jemals vom UNHCR verzeichnet wurde«. Zur Hälfte seien dies Kinder und Jugendliche. Die Welt werde Zeuge eines »unkontrollierten Abgleitens in eine Ära, in der das Ausmaß der globalen Vertreibung sowie die nötige Antwort alles Bisherige in den Schatten stellen«, sagte UN-Flüchtlingskommissar António Guterres laut Nachrichtenagentur *dpa* in Genf.

Die Aktionskunstgruppe »Zentrum für politische Schönheit« bekräftigte unterdessen, am Sonntag wirklich Tote des europäischen Grenzregimes vor dem Kanzleramt in Berlin beerdigen zu wollen. Zwar stünden »die letzten Genehmigungen« noch aus, sagte der Pressesprecher der Gruppe am Donnerstag im Gespräch mit *junge Welt*. »Es ist aber ein ernstgemeintes Angebot an die Politik, sich dem anzuschließen«, sagte Lenz mit Blick auf die geplante Trauerfeier und die Akzeptanz der Gräber als »Mahnmal« gegen die europäische Abschottungspolitik. Die logische Konsequenz wäre ein anderer Umgang mit Flüchtlingen.

Bereits am Dienstag war eine im Mittelmeer ertrunkene Syrerin auf dem muslimischen Teil des Friedhofs Berlin-Gatow beigesetzt worden. Ihre Überführung hatte die Gruppe in Abstimmung mit Angehörigen und Geistlichen organisiert. Der Kindersarg für ihre verschollene Tochter blieb ebenso leer wie die für Politiker reservierten Stühle auf dem Friedhof, denn die Leiche der Zweijährigen wurde nie geborgen.

Seither wird spekuliert, ob auch die Särge leer sein werden, die am Sonntag um 14 Uhr mit einem »Marsch der Entschlossenen« von der Neuen Wache zum Kanzleramt gebracht werden sollen. »Man möchte sich das fast wünschen, denn dann entfielen auch all das, was daran Bauchschmerzen bereitet«, so eine *NDR*-Kommentatorin am Mittwoch. »Kunst muss wehtun. Und die Realität braucht Bauchschmerzen, wenn sie sich ändern soll«, antwortete das »Zentrum für politische Schönheit« via Facebook. Lenz sagte dieser Zeitung, im eigentlichen Sinn habe es kein »Kooperationsgespräch« zwischen den Anmeldern der Aktion und der Polizei gegeben. »Wir sagen, wir werden Tote beerdigen, die sagen, wir werden keine Toten beerdigen.« Polizeisprecher Thomas Neuendorf erklärte gegenüber *junge Welt*, den Aktivisten seien die Auflagen im Beisein eines Rechtsanwalts mitgeteilt worden. Bei dem Aufzug dürfe »kein Bagger mitgeführt« und »niemand beerdigt« werden. »Ein Aufreißen und Löchergraben werden wir da nicht dulden.« Es sei denn, das Bezirksamt genehmige dies wider Erwarten, so Neuendorf.

Vorher, am heutigen Freitag um 12 Uhr, will das Zentrum für politische Schönheit aber noch einem von Tausenden »europäischen Mauertoten« dieses Jahres auf dem Alten Zwölf-Apostel-Kirchhof das letzte Geleit geben. Hier rechnet die Gruppe sogar mit der Anwesenheit von Bundespräsident Joachim Gauck. Dieser habe fest zugesagt, teilte sie am Donnerstag mit.

Für einen weiteren Aufreger sorgte unterdessen die Linksfraktion im Bundestag mit einer Plakataktion für Solidarität sowohl innerhalb Europas als auch mit Schutzsuchenden aus anderen Teilen der Welt. Nach einer Regierungserklärung von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) zum Schuldenstreit mit Athen hielten die Abgeordneten Schilder mit den Slogans »Solidarität mit Griechenland« und »Solidarität mit Flüchtenden« hoch und kassierten dafür eine Verwarnung von Bundestagspräsident Norbert Lammert.

<http://www.jungewelt.de/2015/06-19/056.php>